

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2,30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlässsätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachschuß hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. A. Förster's Erben. Verantwortlich für Deriliches u. Sächsisches, Unterhaltungsstell. Sport u. Anzeigenteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 9

Sonnabend, den 11. Januar 1936

88. Jahrgang

Keine Delsperre notwendig?

Die Genfer Sühnemaßnahmen angeblich ausreichend

Neben den englisch-französischen Flottenbewegungen im Mittelmeer spielt die Frage der Delsperre nach wie vor eine große Rolle in der englischen Öffentlichkeit. Aus den Mitteilungen der Londoner Presse geht hervor, daß sich die britische Regierung bis auf weiteres weder für noch gegen eine solche Verschärfung der Sühnemaßnahmen gegen Italien festlegen wird. Die englische und die französische Regierung wollen zunächst die genaue Bedeutung feststellen, die der Roosevelt'schen Neutralitätserklärung beizumessen ist. Die beiden Regierungen wünschten eine Aufklärung verschiedener Punkte, bevor ihre Außenminister am 20. Januar nach Genf gehen, wo die Frage der Delsühnemaßnahmen möglicherweise erneut aufgeworfen wird.

Der politische Berichterstatter des „Daily Express“ glaubt zu wissen, daß England auf der Völkervereinigung nicht auf eine Delsperre dringen werde. Man werde erklären, daß die Wirksamkeit der bestehenden Sühnemaßnahmen ausreichend und daher eine neue Sanktion, die Kriegsgefahren mit sich bringe, unnötig sei. In London einlaufenden Berichten zufolge sind sowohl die innere Wirtschaftslage Italiens als die militärische Lage in Abessinien ernst. Der Berichterstatter meint, daß innerhalb der nächsten drei Monate mit einem neuen Friedensvorschlag zu rechnen sei.

Außenminister Eden wird am Freitag, dem 17. Januar, auf der Jahresveranstaltung einer Ingenieur-Vereinigung seine erste Rede in seiner neuen Eigenschaft als Leiter des Außenamtes halten. In dieser Rede kurz vor seiner Abreise nach Genf wird der Außenminister die internationale Lage behandeln und sich über die Stellungnahme äußern, die er auf der Ratssitzung einnehmen wird.

Scharfe Pressefehde London — Rom

Inzwischen hat sich die Spannung zwischen England und Italien wieder erheblich verschärft. Während die Meldung über die englisch-französischen Flottenzusammenziehungen im Mittelmeer von der italienischen Öffentlichkeit äußerlich mit größter Ruhe aufgenommen worden ist, hat die englische Neutermeldung über angebliche Unruhen beim Abtransport der Alpendivision aus Meran nach Ostafrika einen Sturm der Entrüstung in der italienischen Presse hervorgerufen. Die „Agenzia Stefani“ beschuldigt die offizielle englische Nachrichtenagentur einer „selbstentehrenden Buge“ und stellt fest, „daß die Alpini-Abteilungen in tadelloser Ordnung inmitten der Begeisterung der Bevölkerung abgefahren sind. Weiter wendet sich die römische Presse sehr erregt gegen die englische Blättermeldung über Massendefertionen von italienischen Wehrpflichtigen. So berichtet beispielsweise der Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß nicht weniger als 2000 zum Heeresdienst ausgehobene italienische Staatsangehörige aus dem Alpengebiet die jugoslawische Grenze überschritten hätten.

Italienisches Abreden

Von amtlicher italienischer Seite wird den Nachrichten über italienische Truppenzusammenziehungen an der französischen Grenze als nicht zutreffend widersprochen. Desgleichen wird die Richtigkeit der Meldungen, wonach Marschall Badoglio weitere fünf Divisionen angefordert haben soll, in Abrede gestellt.

Keine englische Rückfrage in Washington

In London wird amtlich bestritten, daß die britische Regierung in Washington Schritte unternommen habe, um eine genaue Auslegung der Neutralitätserklärung des Präsidenten Roosevelt zu erhalten; eine solche Rückfrage sei weder erfolgt noch geplant.

Ausscheiden Japans aus der Flottenkonferenz?

Mahnungen Reuters an Japan

London, 10. Januar. Außenminister Eden gab am Freitag im Carlton-Hotel zu Ehren des amerikanischen Unterstaatssekretärs Phillips ein Essen, an dem u. a. der amerikanische Botschafter Bingham, der Führer der amerikanischen Flottenabordnung, Norman Davis, und der Erste Lord der Admiralität, Lord Monsell, teilnahmen. Phillips gehört bekanntlich der amerikanischen Flottenabordnung an.

Das Ausscheiden Japans aus der Flottenkonferenz wird schon heute in London als sicher angesehen.

Nach Reuters werde dieser Schritt höchstwahrscheinlich schon in den allernächsten Tagen vollzogen werden. Ein späterer Reutersbericht stellt eine Mahnung an Japan dar, vor seinem Austritt aus der Konferenz eine Reihe von Fragen sorgfältig zu überlegen. Reuters deutet hierbei drei Möglichkeiten an, die das Ausscheiden Japans im Gefolge haben werde:

1. Eine Neuaustrichtung der britischen Politik im fernem Osten;
2. ein engerer Zusammenschluß zwischen England und Amerika in fernöstlichen Fragen;
3. die Streichung der Bestimmung der Nichtbefestigung aus dem Washingtoner Vertrage.

Obwohl, so sagt Reuters weiter, weder von der britischen noch von der japanischen Abordnung eine Bestätigung oder eine Leugnung zu haben sei, erhalte sich in Konferenzkreisen hartnäckig das Gerücht, daß Außenminister Eden bei seinen gestrigen Besprechungen mit den Japanern diese politische Frage aufgeworfen habe. Es wird hinzugefügt, daß ein Falllassen der Bestimmung des Washingtoner Vertrages, die die Anlage neuer Befestigungen im Stillen Ozean verbietet, bedeutende Rückwirkungen auf die Flottenpolitik sowohl Englands als auch Amerikas haben werde. England würde dadurch inhandgelegt, Hongkong zu besetzen, während Amerika einen Flottenstützpunkt auf den Philippinen errichten könne.

Scheinangriff auf Alexandria

Englisch-ägyptisches Militärbündnis?

In der Umgebung von Alexandria fand ein großes Manöver der englischen Flotte und der englischen Luftstreitkräfte statt. In den frühen Morgenstunden führte eine angemessene europäische Macht einen Scheinangriff sowohl von der Land- und Wasserseite her als auch aus der Luft auf Alexandria durch. In Kürze soll in der Stadt Alexandria selbst ein großes Verdunkelungsmanöver durchgeführt werden. Gleichzeitig mit diesen praktischen Schutzmaßnahmen führen die britischen Behörden wichtige Verhandlungen mit Ägypten über den Ausbau der britischen Verteidigungskräfte.

In Besprechungen mit den Führern der ägyptischen Parteien betonte — so heißt es in einem Reutersbericht — der britische Oberkommissar, Sir Miles Lampson, die Bereitschaft Englands, den englisch-ägyptischen Vertrag von 1930 zu bekräftigen, jedoch sollen im Hinblick auf die internationale Lage die Militärklauseln überprüft werden.

Der Vertragsentwurf von 1930 sah lediglich für die Suezkanalzone eine britische Besatzung von 8000 Mann vor. Englischerseits wird diese Stärke für unzureichend gehalten und man fragt, ob diese 8000 Mann im Falle eines plötzlichen Angriffes genügen würden, um zusammen mit der ägyptischen Armee die westliche Grenze zu verteidigen. Hinzu kommt das Problem des Luftangriffes, der eine viel größere Gefahr darstellen würde als ein Landangriff. Si lange Ägypten keine eigenen Luftstreitkräfte von angemessener Stärke besitzt, hält England die Unterhaltung einer britischen Luftstreitkraft zur Verteidigung der westlichen Grenze für notwendig.

Eine ausreichende Verstärkung der ägyptischen Armee, so wird in dem Reutersbericht weiter ausgeführt, würde rund 15 Millionen Pfund Sterling kosten und eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Für die Zwischenzeit muß daher die Frage gestellt werden, ob nicht ein englisch-ägyptisches Militärbündnis für den Schutz Ägyptens selbst wünschenswert ist.

Ägyptischer Protest an Italien

Wie aus Kairo gemeldet wird, hat die ägyptische Regierung wegen des Bombenabwurfs auf eine ägyptische Sanitätsabteilung bei Dagabur einen förmlichen Protest an die italienische Regierung gerichtet.

Abessinischer Erfolg an der Südfront?

Addis Abeba, 11. Januar.

Nach bisher unbefätigten abessinischen Meldungen von der Südfront, gelang es den Truppen des Dejazmach Bagene Mareri starke italienische Abteilungen zu über-

suchen. Nach einem blutigen Gefecht zogen sich die Italiener zurück. Dabei ließen sie, wie es in der abessinischen Meldung heißt, einen hohen Offizier der Heimatarmee und einige hundert Somali-Astaris tot auf dem Kampfplatz zurück. Die abessinischen Truppen sollen ferner sechs Tanks, neun Maschinengewehre und eine Radiostation erbeutet haben.

Amthliche Zahlen über die italienischen Verluste

Rom, 10. Januar. Die vor einigen Tagen bekannt gegebene italienische Verlustliste wird nunmehr durch amtliche Angaben über die Zahl der Verwundeten und der heimbelebten Kranken ergänzt.

Danach sind seit Beginn des italienischen Feldzuges in Ostafrika 58 Soldaten der Heimatarmee und 519 Angehörige der Eingeborenentruppen verwundet worden. Ferner wird erklärt, daß entgegen anderslautenden Meldungen in den beiden Monaten November und Dezember nur drei Dampfer mit Krankentransporten in Italien eingetroffen seien. Mit diesen drei Transporten wurden insgesamt 1252 Kranke, darunter ein einziger Verwundeter, aus Meer, Miltz und Arbeiterkraft in die Heimat zurückgebracht. Auf Meer, Marine und Luftflotte entfielen davon 348, auf die Militärverbände 302, auf die Arbeiter 601 Kranke.

Wie schließlich noch mitgeteilt wird, haben sich unter den 11338 im abgelaufenen Jahre heimbelebten Arbeitern nur insgesamt 1269 Kranke aus Eritrea und 76 aus Somaliland befunden.

Doppelzüngigkeit der Sowjets

Scharfer Angriff der „Times“ gegen Moskau.

Die Moskauer Beschwerde in Genf gegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Uruguay gibt der „Times“ Gelegenheit, mit der Doppelzüngigkeit der Sowjetregierung in schärfster Form abzurechnen. Das führende englische Blatt erklärt, daß die Behauptung der Räteregierung, sie habe mit der kommunistischen Internationale nichts zu tun, ein Meisterstück der Vorkäufungskunst oder aber der Unverschämtheit

sei. Die ewig gleichbleibende Antwort auf alle Klagen über die ausländische Betätigung der „Agentur für Weltrevolution“ sei genau so, wie wenn man sagen würde, daß Stalin, der Leiter der Räteregierung, keinerlei Verantwortung für die Handlungen Stalins, des führenden Mitgliedes des Volksgesamtschusses der Komintern, übernehmen könne. Die kommunistische Bewegung sei in ihrer Organisation ein einziges und unteilbares, ihr führender Mittelpunkt sei so eng mit der Räteregierung verbunden, daß ein Mißklang zwischen den beiden die Zerlegung des Kommunismus mit sich bringen würde. Der russische Vorwand täusche niemanden, er sei aber eine Belästigung oder noch etwas Schlimmeres für die Beziehungen Sowjetrußlands mit anderen Ländern. Als die Räteregierung in den Völkerverbund eingetreten sei, habe sie sich einer internationalen Gemeinschaft angeschlossen, deren Gesetz diesen „ungereimten Dualismus“ nicht dulde.

„Zwei Geschäfte unter verschiedenen Namen durchzuführen, das eine offen und in einer Völkerverbundversammlung, das andere heimlich und unterirdisch, um die Regierungen anderer Staaten zu unterwühlen und ihre Ordnung umzuformen, ist mit der Freundschaft oder Ehrenhaftigkeit unvereinbar. Die Folge internationalen Käuferspiels kann kaum etwas anderes sein als internationales Mißtrauen. In Genf liebäugelt Rußland mit der Sache des Friedens zwischen den Nationen. Aber Friede und gute Ordnung innerhalb der Nationen ist kein weniger erstrebenswertes Ziel. Das Verbrechen des Bürgerkrieges zu planen und sich gleichzeitig zu dem Grundsatze internationalen Friedens zu bekennen, ist ein kommunistischer Widerspruch. Staaten, die diese Regel befolgen, werden es schwierig finden, ihren Nachbarn die Treue zu halten. Und noch schwieriger, ihr Vertrauen zu finden. Sie errichten eine Schranke der Verdächtigung gegen sich selbst.“

